

Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 27 (1933)
Heft: 2

Rubrik: Rundschau : zur Chronik

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 02.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Zur Chronik.

I. *Zur Abrüstungs- und Friedensbewegung.* Die *Rüstungsindustrie* hat natürlich glänzende Zeiten, spendet mit völliger „Neutralität“ ihre Gaben nach allen Himmelsrichtungen. Die Vereinigten Staaten z. B. schicken Japan neben vielem andern auch Schießbaumwolle, so viel es will. In der Schweiz wurden fieberhaft für die persische Kavallerie Sättel etc. hergestellt. In Bern seien Baracken errichtet mit montierten Drehbänken für die Herstellung von Bomben. Die Metallwerke Dornach lieferten Maschinengewehrbestandteile für Jugoslawien und so fort.

Die *Hirtenberger Waffenschiebung* hat wegen ihrer engern Verbindung mit der *Waffenfabrik Solothurn* (die ihrerseits vor allem im Dienste der *deutschen* Aufrüstung steht) auch für die *Schweiz* eine beträchtliche Bedeutung. Aber vor solchen Fällen drückt der Neutralitätsfanatismus des Volkes der Hirten schlau die Augen zu. Daß in der Leitung dieser Waffenfabrik, die dem Ausland dient und Krieg erzeugt, auch der Alt-Regierungsrat und Oberstbrigadier der schweizerischen Armee Obrecht sitzt, ist ja auch interessant.

Der *Hooversche Vorschlag* eines Verbotes der Waffen- und Munitionslieferungen an Kriegführende ist sehr gezähmt worden.¹⁾ Auch in *Frankreich* ist eine „Studienkommission“ für diese Frage eingesetzt. Die *St. Galler Freisinnigen* fordern (auf Anregung der Jungfreisinnigen) ebenfalls zu Maßregeln gegen die Rüstungsindustrie auf.

Der schweizerische Bundesrat errichtet dagegen eine *ständige Studienstelle für Gaschutzfragen* als Glied der kriegstechnischen Abteilung des Generalstabes. Aber der Gaschutz selber soll, einmal um das Militärbudget zu entlasten, sodann um die Verantwortlichkeit (und auch das Odium) auf diesen zu schieben, den Kantonen und Zivilbehörden zugemutet werden. Die schon bestehende Gaschutzkommission, der die Studienstelle untergeordnet wird, hat dann offenbar die Aufgabe, die Kantone und Zivilbehörden zu animieren („beraten“). So will es die Bauernschlauheit, die jetzt in der Oberdirektion der militärischen Angelegenheiten waltet.

Oberst Wille aber schlägt vor, daß die *Rekrutenschule* auf etwa 90 Tage verlängert werde.

Die Zeitschrift der Internationalen Kriegsdienstgegner „*La Revolution Pacifique*“, ist in Genf (!) mit einem Hausverbot belegt worden. Das Bundesgericht hat diese Maßregel bestätigt, weil die Zeitschrift die Dienstverweigerung verherrliche und damit „die öffentliche Ordnung“ störe. Zeitschriften, die das Töten, aber auch das Saufen und Huren verherrlichen, dürfen aber in der Völkerbundstadt gewiß ohne Anstand angeboten werden. Die stören ja die „öffentliche Ordnung“ nicht.

Wegen den bekannten inneren Zwistigkeiten hat sich in Deutschland neben der „*Deutschen Friedensgesellschaft*“, deren Organ „*Das andere Deutschland*“ ist, ein „*Allgemeiner Deutscher Friedensbund*“ gebildet, zu dem „*Friedenswarte*“ und „*Deutsche Zukunft*“ zu halten scheinen.

Französische Frauen haben viele hunderttausende von französischen Franken gesammelt, um in *Berlin hungernde Kinder* zu speisen. Das wird der deutschen Öffentlichkeit von den meisten Zeitungen nicht gesagt. Wie vieles andere auch nicht.

Hellmut von Gerlach hat für einen in der Schweiz zu haltenden Vortrag über das Thema „*Deutschland und der Völkerbund*“ keine Ausreiseerlaubnis bekommen. Das wird der Sache Deutschlands in der Schweiz ohne Zweifel sehr nützen!

¹⁾ Es soll bloß auf Südamerika Anwendung finden.

II. *Wirtschaftsleben und Sozialismus.* In *Asturien* (Spanien) streiken 30 000 Bergleute.

Dänemark hat, besonders mit Rücksicht auf die Wertverminderung des englischen Pfundes und die Not und Verschuldung seiner Landwirtschaft, seine Krone um einen Drittel (wenn ich nicht irre) entwertet. Die Aussperrung von 125 000 Arbeitern, die sich gegen eine Lohnsenkung um 20 Prozent wehren, ist durch ein Abkommen verhindert worden.

In *England* hat im Laufe eines Jahres die Zahl der *Arbeitslosen* um 400 000 zugenommen, trotz der „nationalen Regierung“.

In *Wien* und in *Prag* haben die *Taxi-Chauffeure gestreikt* wegen der Erhöhung des Benzinolls, die ihrerseits die Konkurrenzierung der Bahn durch das Auto erschweren soll und es auch getan hat. Die Chauffeure muß man bedauern, aber ein permanenter Autostreik gehörte zu den größten Wohltaten, die der Welt werden könnten.

In der Schweiz geht der Kampf zwischen *Bahn* und *Auto* weiter. Wer vorläufig unterliegen wird, ist wohl nicht fraglich.

In *Oesterreich* ist auf Betreibung der katholischen Kirche hin für sechs neue *Feiertage* auch die Arbeitseinstellung verfügt worden, aber ohne Bezahlung der Arbeiter! Vgl. Markus 8, 7—13!

In *Irland* hat ein erfolgreicher *Eisenbahnerstreik* stattgefunden.

Die *Vereinigung Schweizerischer Postbeamter* ist mit 2044 gegen 1029 Stimmen dem Allgemeinen schweizerischen Gewerkschaftsbund beigetreten. So ist's recht! Große Ueberraschung bei den bürgerlichen Parteien. Aber ein Symptom!

Die *zweite Internationale* hat die Aufnahme einer maskiert-faschistischen *japanischen Arbeiterorganisation* (auch das gibt es dort!) abgelehnt. Von einer in Paris stattfindenden Verhandlung („Union Proletarienne“) ist eine Aufforderung an die Zweite und die Dritte Internationale ergangen, sich zu einer sozialistischen „*Einheitsfront*“ zusammenzuschließen. — Aus der Tschechoslovakei stammt der Vorschlag, daß die beiden sozialistischen Parteien wenigstens einen „*Nichtangriffspakt*“ abschließen sollten.

Fritz Bruppacher soll nun endlich aus der kommunistischen Partei ausgeschlossen werden. Er hat in einer Vorrede zu Bakunins „*Beichte*“ einige Sprüche getan, die viel Wahrheit enthalten und sicher viel mehr Bruppachers eigentlicher Meinung entsprechen, als das kommunistische Exerzierreglement. Aber es war immer eine Unwahrheit, daß dieser Anarchist (und Nihilist) zu den Bolschewisten ging. *Humbert Droz* ist schon vorher wenigstens von der *Leitung* der kommunistischen Partei der Schweiz entfernt worden und auch *Dr. Welti* in Basel sei bedroht.

III. *Schweizerisches.* Eine arge Schande für die Schweiz (man muß sagen: wieder eine!) ist die Ausweisung des italienischen Rechtsanwaltes und Faschisten-gegners *Arnolfo Pacciardi* aus dem Tessin. Seine ganze „Schuld“ besteht darin, daß er — Demokrat ist und den Faschismus bekämpft. Das ist ja auf Schweizerboden schon eine Naivität und ein Anachronismus, für die am wenigsten unsere Bundesväter Verständnis haben. Auch forderte Mussolini die Ausweisung, und das ist für den Bundesrat Gebot. Die Ausweisung einiger ganz üblen faschistischen Spitzel, die bei Pacciardi abgefahren waren, forderte schon diese Sühne. Vergeblich war das Eintreten fast der ganzen Tessiner Bevölkerung aller Parteien für Pacciardi. So hütet der Bundesrat die Unabhängigkeit und das Lebensrecht der Schweiz. Er bekämpft die Bekämpfer des Faschismus, also die Vorkämpfer der Demokratie, in dem Augenblick, wo der Tessin durch den Faschismus von außen und innen her gefährdet ist. Aber was macht das und anderes derart? Wir haben ja zur Verteidigung der Unabhängigkeit der Schweiz die Armee, Minger, die Obersten und die Korporäle!

Die große Zürichseegemeinde *Richterswil* lassen die Lorbeeren Genfs nicht

schlafen. Sie hat die *Kommunisten* von Gemeindefstellen und auch vom Bezug von Arbeitslosenunterstützung (wenn ich nicht irre) ausgeschlossen.

In *Genf* ist der sozialdemokratische Lehrer *Ehrler* abgesetzt worden, weil er der „Vereinigung der Freunde Rußlands“ angehört. Frédéric Martin aber, der Mann des 9. November, soll an Stelle des Sozialdemokraten Bürklin Ständerat werden. Lehrer *Wyß* in Derendingen wird wegen Kommunismus und Antimilitarismus abgesetzt. Die *Diskontbank* in Genf (ein Schützling Mufys) wird neuerdings mit vielen Millionen „gestützt“.

Dagegen sind in *Zürich* und *Basel* bei heftigen *Abstimmungen* die Bürgerlichen unterlegen. In *Neuchâtel* ist eine Lohnsenkung bei den Angestellten abgelehnt worden. Die Initiative für eine schweizerische *Krisensteuer* hat mehr Unterschriften bekommen, als je eine (die letzte Zahl ist 225 000) und das Referendum gegen den „Lohnabbau“ ähnlich. Ganze Gemeinden, auch Bauerngemeinden, unterschreiben fast vollzählig. (Auch Prof. Laur ist gegen den Lohnabbau, im Gegensatz zu andern Bauernführern.) Gegen die Verteuerung von Tabak, Tee, Kaffee, Zucker ist auch eine starke Bewegung im Gange. Alles Symptome!

Für den Schutz der notleidenden *Bauern* ist eine neue Aktion unternommen worden, die Kredithilfe schaffen und Sanierungen vornehmen soll.

Der *Kanton Zürich* setzt 10 Millionen für *Krisenhilfe* aus. Sie sollen wesentlich an Arbeitsbeschaffung gewendet werden.

Endlich entschließt man sich, den *Export nach Rußland* durch Kreditgewährung zu fördern. Zunächst tun dies Stadt und Kanton Zürich, Frau Helvetia tut noch spröde. Sie ist ja, in *diesem* Falle, eine Großmacht zur Abwechslung!

IV. *Kultur und Natur*. In Deutschland gebe es 140 000 überschüssige *Akademiker*.

Präsident Roosevelt wolle die bekannte Vorkämpferin der Frauenbewegung Miss *Frances Perkins* zum Arbeitsminister und Miss *Ruth Owen* zur Gefandtin in Dänemark ernennen.

Die *Mönche von St. Bernhard* gründen eine Niederlassung auf dem himmelhohen Paß von *Latsja*, der über den Himalaya von Indien nach Tibet führt. Sie nehmen auch ihre Hunde mit.

In *Rotterdam* hat einer sich von einem hohen Turme in die Maas gestürzt, nur um Sensation zu machen. Er ist mit dem Leben davongekommen. Flugs macht's ihm ein zweiter nach und bezahlt mit dem Tode. Auch ein Zeichen!

Die *Grippe* hat nur in England bis zum 28. Januar 4000 Todesopfer gefordert.

Aus *China* werden wieder furchtbare *Hungersnöte* und *Ueberschwemmungen* mit Zehntausenden von Todesopfern gemeldet. Und dieses unglückliche Volk wird noch von außen her mißhandelt!

V. *Religion und Kirche*. Die Kurie hat das Jahr 1933 zum Anno santo ernannt, weil es das neunzehnhundertste Todesjahr Christi sei. Heißt das nicht, Christus zu einem großen *Menschen* machen? Ist Christus nicht der *Lebendige*? Stirbt und ersteht er nicht *jedes* Jahr? Hat der Vatikan keine Ahnung von seinem religiösen Fehlgriff?

Die *Zürcher Kirche* hat um Weihnachten zu einer Sammlung für die *Arbeitslosen* aufgefordert.

Der bekannte ungarische *Pfarrer Hock*, ein Vorkämpfer der Freiheit und eine Art Franziskus, ist aus der Verbannung zurückgekehrt und hat sich „reueig“ einem Gericht gestellt, um auf heimatlichem Boden ruhig sterben zu können.

15. Februar.

Zum Kampf um das Schulgebet. In *Basel* ist eine mächtige Erregung entstanden, weil der Erziehungsrat aus Gründen der konfessionellen Neutralität (wie er behauptet) das Schulgebet verboten hat. Man droht mit großen Volksver-

fammlungen und andern Stürmen. Fast wird man an die Revolte der Zürcher Bauernschaft gegen die Wahl von David Friedrich Strauß zum Professor der Theologie an der Zürcher Universität erinnert. In Zürich selbst spielt übrigens diese Sache auch eine große Rolle.

Was ist davon zu halten?

Ich weiß mich völlig frei von aller Sympathie für die Bestrebungen eines oft sozialistisch maskierten Freidenkertums, die Schule nach seinem Sinne zu gestalten und sie wenn möglich zu einer Art Staatskirche des Freidenkertums oder doch einer gewissen „Aufklärung“ zu machen. Auch halte ich ein *Verbot* des Schulgebetes ebenfalls für töricht und tyrannisch. Ebenso glaube ich ein wenig zu wissen, was das Gebet bedeutet. Aber gerade darum: Ist es in der Ordnung, ist es der Bedeutung des Gebetes angemessen, wenn man nun tut, als ob es zuzufügen in der Macht eines Schuldirektors stünde, das Beten zu verhindern? Man sollte gerade, wenn man etwas von Gott und vom Beten zu wissen glaubt, über einen solchen Versuch bloß *lachen*. Das Beten kann man doch so wenig verbieten, als die Luft und das Licht! Es könnte ja vielleicht einem Staatsbonzen wirklich einfallen, das Öffnen der Fenster und Fensterläden zu verbieten, aber Luft und Licht könnte er doch wohl nicht verbieten. Und sicher würde man über ihn lachen. Wer kann den Eltern verbieten, mit ihren Kindern zu beten? Ist das aber nicht ungleich mehr wert, als alles Herplappern von stereotypen Schulgebetsformeln? Und wer kann der Gemeinde Christi verbieten, daß das Gebet für sie ist, wie die Atmosphäre, worin sie lebt und atmet, wie eine unendliche, blühende und quellende Welt? Was ist damit verglichen das Verbot eines Erziehungsrates? Wozu die Aufregung?

Aber da liegt eben der Hase im Pfeffer: Diese Angst um das Gebet, diese Aufregung über das Verbot des Schulgebetes, sollte sie nicht gerade auch davon kommen, daß das Gebet diese Rolle, die es in der Gemeinde spielen sollte, eben *nicht* spielt und daß daher wie in manchem andern die Schule ersetzen sollte, was das Elternhaus leisten müßte, aber nicht leistet? Es ist zehn gegen eins zu wetten, daß gerade viele solche Eltern sich am meisten gegen das Verbot ereifern, die selber nicht beten und auch mit den Kindern nicht beten. Sie spüren: gebetet werden sollte schon; das Gebet ist für sie etwas wie ein *opus operatum*, ein frommes Werk, das ganz zu unterlassen nicht rätlich wäre, aber sie selbst freilich wollen sich nicht damit belasten und darum werden sie umso böser, wenn die dafür Angestellten und Bezahlten es nicht tun wollen. Das scheint mir, ist der Sachverhalt, vor den wir gestellt sind, *ihn* müßten die, welchen diese Frage nicht eine Angelegenheit der Politik und der Kirchenmacht ist, ins Auge sehen. A propos Politik: der Umstand, daß der Basler Erziehungsdirektor ein Sozialdemokrat ist, spielt bei dieser heiligen Empörung auch eine Rolle. Bei *solcher* Art der Behandlung des Heiligen mischt sich dergleichen immer ein.

Seien wir gerecht: Es mag bei der Erregung gegen jenes, wie gesagt auch von mir mißbilligte Verbot neben der sehr berechtigten Auflehnung gegen die Schuldiktatur auch ein anderes Element mitspielen: eine gewisse Ehrfurcht vor Einrichtungen, die mit einer Art Heiligkeit umgeben sind. Das volkstümliche Empfinden verwechelt oft solche *Formen* des Heiligen mit dem Heiligen selbst. Aber ein *Irrtum* ist es doch. Ist denn dieses Schulgebet etwas, das viel dazu beigetragen hat, Kinderseelen mit *Gott* zu verbinden? Zeigt nicht reiche Erfahrung, daß eher das Gegenteil der Fall ist? Hat es zum *Gebet* hingeführt und nicht vielmehr eher von ihm abgeführt? Bedeutet es vielleicht nicht einen *Vorteil* für das Gebet, wenn es nicht mehr Bestandteil des Schulapparates ist? Und ist es überhaupt weise, heute noch von der üblichen Schule zu erwarten, daß sie auch eine Verwalterin *dieses* Heiligtums sei? Sollte man dafür nicht *andere* Gefäße suchen?

Das ist gar sehr meine Meinung. Darum halte ich diesen Kampf gegen das Verbot des Schulgebetes zwar für psychologisch begreiflich und politisch berech-

tigt, aber für religiös ganz verfehlt. Der Kampf müßte auf einem ganz andern Boden geführt werden. Aber unsere Frommen führen ihren Kampf für Gott immer auf dem falschen Boden und erliegen darum auch immer — mit Recht!

Der 9. November. Nun ist der Bericht des Militärdepartements über den Abend des 9. November in Genf erschienen. Einen „Bericht“ kann man das Dokument zwar kaum nennen, denn es ist eine Parteischrift, darauf berechnet, um jeden Preis das Verhalten des Militärs, der Genfer Regierung und des Bundesrates, besonders des Militärdepartementes, zu rechtfertigen.

Damit ist im Grunde so ziemlich alles gesagt, was über Wert und Bedeutung dieses Schriftstückes gesagt werden kann. Es ist das Produkt eines Justizkandals, der diesen Charakter nicht damit verliert, daß er sich auf das formelle Recht berufen darf. Denn es ist der Bericht eines Angeklagten, der in eigener Sache eine Untersuchung geführt hat. Das Militär, wie der Regierungsrat von Genf und zuletzt auch das Militärdepartement sind in dieser Sache Angeklagte. Nicht sie allein, auch die Manifestanten, besonders ihre Führer, aber sie auch und sie in erster Linie. Denn die dreizehn Toten und siebenzig Verletzten kommen zunächst einmal auf ihr Schuldkonto. Das ist eigentlich so klar, daß nur willentlicher Nichtsehenwollen anders urteilen kann. Möglich wäre natürlich gleichwohl, daß auch ein Richter in eigener Sache gerecht und unparteiisch wäre, aber unter den heutigen Verhältnissen und den obwaltenden Umständen wäre das wirklich ein Wunder.

Das Wunder ist nicht eingetreten. Denn dieser Bericht trägt die krassesten Merkmale der Parteilichkeit an sich. Der Untersuchungsrichter hat ganz offenbar — wenigstens wenn Minger ihn nicht einseitig zitiert, was doch nicht anzunehmen ist — nur Zeugen verhört, von denen er von vornherein sicher war, daß sie das sagen würden, was er gern hören wollte. Sie sagen sozusagen alle eine Formel her, und diese Formel macht den Eindruck einer Suggestion. Daß besonders die Soldaten selbst befragt wurden, denen natürlich am nächsten lag, ihr Verhalten zu rechtfertigen, gehört zu diesem ganzen modus procedendi.¹⁾ Aber Zeugnisse anders denkender Soldaten, wie ich sie kenne, würde man in diesem Berichte freilich umsonst suchen.

Diese Parteilichkeit ist also offenbar. Es kann doch kein Mensch, der das Denken noch nicht ganz verlernt hat, annehmen, daß unter den tausenden von Manifestanten keine andern Zeugen zu finden gewesen seien. Wäre das der Fall, dann ergäbe sich übrigens die Paradoxie, daß alle Manifestanten — auf der Seite der Soldaten und des Staatsrates gestanden hätten, womit sich dann aber der ganze Bericht selbst aufhöbe. Also ist klar: man hat nur die eine Seite gehört. Wie sehr das der Fall ist, beweist zum Ueberfluß noch ein mir bekannter besonderer Umstand. Ein großer Teil derjenigen Zeugnisse, welche die Liga für die Menschenrechte gesammelt hat, und von denen ich in meinen Artikeln geredet habe, ist vom Untersuchungsrichter beschlagnahmt worden. Er hat sie also gekannt, hat sie aber unterschlagen — es sei denn, daß Minger Letzteres getan hätte.

Damit ist das Urteil über das Dokument gefällt. Aber es kann noch verstärkt werden. Dieses Dokument ist auch sonst kläglich. Es ist nur ein matter Abklatsch des im ersten Augenblick zu Zwecken der Selbstverteidigung vom Genfer Staatsrat verfaßten Berichtes. Kritiklos wiederholt es all jene Auslagen der ersten Stunde der Aufregung und Täufchung: das von den Schüssen, den Pflastersteinen, der besonderen Organisation der Entwaffnung der Soldaten, also Dinge, die zum Teil an sich lächerlich unglaubhaft, zum Teil längst widerlegt, jedenfalls völlig unbewiesen sind. Die Beweiskraft dieser Behauptungen wird durch die stets wiederkehrende Formel illustriert: „Ich hatte den Eindruck.“ Um „Eindrücke“ kann es sich in einer solchen Sache wahrhaftig nicht handeln.

¹⁾ Es ist unwiderprochen behauptet worden, daß auch Einschüchterung angewendet worden sei.

Am wenigsten gelungen ist abermals die Hauptfache: der Beweis für die *Notwendigkeit des Schießens*. Es bleibt bei allgemeinen Redensarten. Mit Mühe und Not werden ein paar schwerere Steine aufgetrieben, mit denen die Soldaten beworfen worden seien. Gegen die Forderung, man hätte es doch zuerst mit blinden Schüssen versuchen und allfällig mit dem Bajonett vorgehen sollen, werden Argumente vorgebracht, von denen man sich schon wundern muß, daß man den Mut hat, sie überhaupt dem Schweizervolk aufzutischen. Man habe keine blinden Patronen mitgeben dürfen, weil sonst die Verwechslung mit scharfen zu fürchten gewesen wäre. Also schießt man grad mit scharfen! Schweizerische Militärlogik! Oder: man habe gesehen, daß gerade die Soldaten mit aufgepflanztem Bajonett am leichtesten entwaffnet worden seien. Also kein Vorgehen mit dem Bajonett. Aber wozu in aller Welt hat man denn das Bajonett? Kann man sich etwas Ratloferes denken, als derartige Ausreden? Die Behauptung freilich, die *Warnung* sei genügend gegeben worden, ist so aussichtslos, daß sogar diese Ausredekunst vor der Aufgabe zurückscheut. Im Nationalrat hat sich Minger mit gemeinen Spässen geholfen.

Sollte das Dokument durch diese Armfeligkeit unschädlich werden? Leider dürfen wir das nicht erwarten. Wer gern glauben will, glaubt alles und das Unglaublichste zuerst. Schon ist ein seltsames Echo gekommen. *Konrad Falke*, der Dichter und Schriftsteller, der sich von Zeit zu Zeit berufen fühlt, aus seiner Aesthetenklaufe mit politischen „Verlautbarungen“ vor das Schweizervolk zu treten, hat in der „Neuen Zürcher Zeitung“ unter dem Titel: „Die Ehre der Armee — die Ehre des Volkes“ einen lauten Fanfarenstoß getan, der sich durch die Schweizerpresse weiterpflanzen wird. Dieser Literat, der offenbar von der ganzen Sache nichts Rechtes gewußt hat und dem nun der bundesrätliche Bericht ohne weiteres die Wahrheit bedeutet, ist gewiß typisch für viele. Das Dokument wird als Hetzschrift wirken und mächtig dazu beitragen, jene Bürgerkriegsstimmung zu schaffen, die heute schon schwelt und droht. Und das betrachtet der Bundesrat für seine Aufgabe!

Wir werden Mittel suchen, dieser furchtbaren Gefahr durch die Verbreitung der *Wahrheit* zu begegnen. Brauche ich den Lesern der „Neuen Wege“ nochmals zu sagen, daß zu dieser Wahrheit *auch* die Schuld der Manifestanten, die Schuld Nicoles und einer gewissen sozialdemokratischen Art gehört und daß wir auch vieles an dem Vorgehen der Manifestanten mißbilligen? Es ist ja selbstverständlich, daß wir das tun. Aber über dieser Schuld darf die andere, in jeder Beziehung größere, nicht verkannt werden. *Wir fordern ein unparteiisches Gericht, nicht mehr und nicht weniger*. Die alten Bündner haben in Zeiten, wo die Behörden besonders gegenüber großen Schuldigen versagten, *freie Volksgerichte* zusammengerufen, welche die Stimme der Wahrheit zur Geltung bringen sollten. Sie waren Demokraten. Freilich waren diese Volksgerichte auch oft von wilder Leidenschaft erfüllt und repräsentierten nur die *andere* Partei. Aber das Grundgefühl war richtig: wenn schwerstes Unrecht offiziell gebilligt oder sogar verübt wird, dann muß das Volk aufstehen und für das Recht sorgen. *Wir fordern Wiederaufnahme der Untersuchung* und dann Rechtsprechung durch ein unparteiisches Gericht. *Seinem Urteil* werden wir uns beugen.

Von der Gemeinde der Hingegangenen. Ueber Pfarrer *Paul Martig* redet ein besonderer Beitrag. Ueberraschend früh — im Alter von zweiundsechzig Jahren —, scheinbar aus der Fülle von Kraft und Lebendigkeit, wie die meisten sie an ihm allein kannten, trotzdem schon jahrelang der Wurm an den Wurzeln seines Lebens nagte, ist er weggerufen worden. Er war ein aufrechter, tapferer, lauterer und treuer Mann, einer der besten Vertreter und Vorkämpfer unserer Sache auf nicht leichtem Boden. Er war eine Ehre für diese Sache. Nach mancherlei Anfechtung früherer Jahre bezeugt dies die Stadt Chur und mit ihr ganz Graubünden durch die hohe Achtung aller und die tiefe Trauer vieler. Er hat in unerschrockenem und unermüdlichem Kämpfen und Dienen den Stoff seines